

Panorama

Abonnement

Anmelden >

Menü



rds Krieg gegen die Ukraine



Nato-Osterweiterung: Warum Deutschland jahrelang Rücksicht auf Russland genommen hat



Neue Dokumente zur Nato-Osterweiterung

Warum Deutschland jahrelang Rücksicht auf Russland genommen hat

Die Regierung Helmut Kohl wollte 1991 die Nato-Osterweiterung und die Unabhängigkeit der Ukraine verhindern – das zeigen bisher unbekannte Akten aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes.

Von Klaus Wiegrefe29.04.2022, 13.00 Uhr • aus DER SPIEGEL 18/2022 Artikel zum Hören • 15 Min Abspielen

Kohl und Gorbatschow in Kiew 1991: Historischer Schmusekurs



Kohl und Gorbatschow in Kiew 1991: Historischer Schmusekurs Foto: Frank Darchinger

Meist merken nur Experten auf, wenn wieder einmal Bände der »Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik« vom Institut für Zeitgeschichte erscheinen. Es sind dicke Bücher mit Dokumenten aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes. Lesevergnügen versprechen sie nur selten.

Dieses Mal dürfte das Interesse allerdings groß ausfallen. Denn die neue Ausgabe mit Papieren von 1991 enthält Vermerke, Protokolle, Briefe mit bisher unbekannten Details zur [Nato](#)-Osterweiterung, zum Zusammenbruch der [Sowjetunion](#), zur Unabhängigkeit der [Ukraine](#). Und schon jetzt ist absehbar, dass die Unterlagen das Potenzial haben, den aktuellen Streit um die deutsche Ostpolitik der Vergangenheit und Gegenwart zu befeuern.

Aus: DER SPIEGEL 18/2022



Die Schatten der Vergangenheit

Vor dem Ukrainekrieg lehnten die Grünen Waffenlieferungen in Krisengebiete ab. Jetzt nicht mehr. Waren sie nie eine so friedliebende Partei, wie alle glaubten?

Lesen Sie unsere Titelgeschichte, weitere Hintergründe und Analysen im digitalen SPIEGEL.

[Zur Ausgabe >](#)

Kritiker werden zahlreiche Belege dafür finden, dass die Deutschen schon lange über Gebühr Rücksicht auf Moskaus Interessen genommen haben. Doch auch Verteidiger des heute erstaunlich wirkenden Schmusekurses mit dem Kreml können fündig werden.

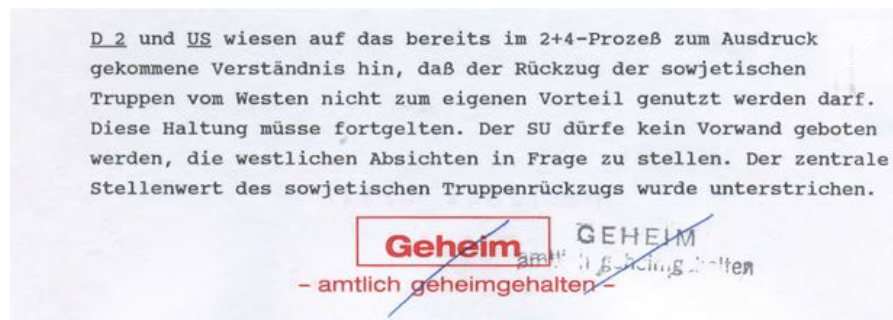
Im Zentrum der damaligen Ostpolitik stehen zwei Lichtgestalten der deutschen Nachkriegsgeschichte: [Helmut Kohl](#), langjähriger Kanzler und [CDU](#)-Vorsitzender, und der liberale Außenminister und Vizekanzenler Hans-Dietrich Genscher. Zwei groß gewachsene, machtbewusste Männer. Beide Anfang 60, beide aus kleinen Verhältnissen kommend, beide nach der deutschen Einheit auf dem Höhepunkt ihres Ansehens in der Weltpolitik.

1991 gab es noch die Sowjetunion mit ihren vielen Nationalitäten, die gegen die Moskauer Zentrale aufbegehrten. Doch Kohl hielt einen Untergang des Sowjetimperiums für eine »Katastrophe«. Wer das

anstrebe, sei ein »Esel«.

Immer wieder machte er daher Stimmung im Westen gegen eine Unabhängigkeit der Ukraine und der baltischen Staaten.

Estland, Lettland und Litauen waren 1940 vom sowjetischen Diktator Josef Stalin annektiert worden. Die Bundesrepublik hatte die Annexion nie anerkannt. Doch als jetzt die Balten ihre Unabhängigkeit erklärten und aus der Sowjetunion drängten, fand Kohl, sie seien auf dem »falschen Weg«, wie er dem französischen Präsidenten François Mitterrand Anfang 1991 in Paris anvertraute. Er selbst hatte mit Nachdruck die deutsche Einheit vollendet. Letten, Esten, Litauer sollten sich hingegen mit ihrer Freiheit gedulden – etwa zehn Jahre lang, so scheint es sich der Kanzler damals gedacht zu haben. Und auch dann hielt Kohl für die Balten wohl nur Neutralität (»finnischer Status«) für möglich, nicht etwa eine Mitgliedschaft in Nato und Europäischer Gemeinschaft (EG), das geht aus den Akten hervor.



Vermerk des Auswärtigen Amtes zur Nato-Osterweiterung (Ausschnitt) Foto: DER SPIEGEL

Auch die Ukraine sollte in der Sowjetunion verbleiben, zumindest vorerst, um deren Bestand nicht zu gefährden. Als sich das Ende der Sowjetunion abzeichnete, fanden die Deutschen dann, Kiew solle bei einer Konföderation mit Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken mitmachen. Im November 1991 bot Kohl dem russischen Präsidenten Boris Jelzin an, in diesem Sinne »auf die ukrainische Führung Einfluss zu nehmen«, so steht es in dem Vermerk eines Gesprächs, das Kohl mit Jelzin bei dessen Besuch in Bonn führte. Deutsche Diplomaten witterten in Kiew »Tendenzen zu autoritär-nationalistischem Überschwang«.

Als zwei Wochen später mehr als 90 Prozent der teilnehmenden Ukrainer und Ukrainerinnen in einem Referendum für ihre Unabhängigkeit votierten, korrigierten Kohl und Genscher allerdings den Kurs. Die Bundesrepublik war das erste Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, das den neuen Staat anerkannte.

In Kiew wird man diese Passagen vermutlich trotzdem mit Befremden lesen, vor allem mit dem Hintergrund von heute.



Antisowjetische Demonstranten in Kiew 1991 Foto: Anatoly Sapronenkov / AFP



Sowjetische Soldaten in Leipzig 1991 Foto: Peter Hirth

Und auch die deutsche Ostmitteleuropa-Politik wirft Fragen auf. Im Laufe des Jahres 1991 zerfiel der Warschauer Pakt, und der erfahrene Genscher versuchte trickreich, Polen, Ungarn und Rumänien den Weg in die Nato zu verstellen – aus Rücksicht auf die Sowjetunion.

Der Drang der Ostmitteleuropäer in die Verteidigungsallianz lasse in Moskau ein brisantes Gemisch aus »Bedrohungsperzeption, Isolationsangst und Frustration über die Undankbarkeit der ehemaligen Bruderländer« entstehen, berichtete Bonns Botschafter

1. April 1991

schon im Februar 1991.

Diese Situation wollte Genscher nicht weiter befeuern. Eine Nato-Mitgliedschaft der Ostmitteleuropäer sei »nicht in unserem Interesse«, erklärte er. Diese Länder hätten zwar das Recht, dem Verteidigungsbündnis anzugehören, es gehe »jetzt aber darum, dieses Recht nicht auszuüben«.

War das kluge Friedenspolitik zum Wohle Europas? Oder ein Vorläufer jener Verständigung mit Moskau »zulasten der anderen Staaten des östlichen Europas«, von der kürzlich Michael Roth sprach? Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im [Bundestag](#) ist Sozialdemokrat und plädiert für eine Enquetekommission, um die Versäumnisse in der Ostpolitik aufzuarbeiten, auch die seiner eigenen Partei. Er glaubt, Berlin habe den Nachbarstaaten, »faktisch ihre Souveränität abgesprochen«. Roth bezieht sich dabei auf die letzten Jahre.

Muss die Analyse schon früher einsetzen, in der Ära von Kohl und Genscher?

»Zunächst haben die früheren Warschauer-Pakt-Länder die Absicht verfolgt, Mitglieder in der Nato zu werden. Dies hat man ihnen in vertraulichen Gesprächen ausgedrückt.«

Außenminister Genscher 1991

Kurioserweise wird die deutsche Ostpolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit und danach heute von allen Seiten kritisiert, auch von Russland, das dem Westen vorwirft, mit der Nato-Osterweiterung sein Wort gebrochen zu haben.

Manche der nun freigegebenen Dokumente könnten Putin und seine Gefolgsleute sogar zu scharfen Waffen in ihrem Propagandakrieg umdeuten. Denn mehrfach kommen Genscher und seine Spitzendiplomaten in Gesprächen auf eine Zusage bei den Verhandlungen zur deutschen Einheit zurück, die Nato nicht nach [Osteuropa](#) auszudehnen.

Die Existenz einer solchen Zusage behaupten russische Politiker [seit Jahrzehnten](#) [5+](#). Autokrat [Wladimir Putin](#) hat dieses Argument sogar missbraucht, um damit den Angriffskrieg auf die Ukraine zu begründen. Dabei stimmte Moskau 1997 der Nato-Osterweiterung im

Kanmen der Nato-Russland-Akte zu, wenn auch murrend.

»Der Kampf geht weiter.«

Kanzler Kohl am Telefon zu Gorbatschow

Die nun öffentlich zugänglichen Dokumente stützen mehrfach die russische Version:

- Am 1. März 1991 lehnte Genscher gegenüber den Amerikanern eine Nato-Osterweiterung mit dem Hinweis ab, es sei den Sowjets »bei den 2 + 4-Verhandlungen bedeutet worden, dass keine Absicht besteht, die Nato nach Osten auszuweiten«.
- Sechs Tage später verwies der Politische Direktor des Auswärtigen Amtes Jürgen Chrobog in einer Runde mit Briten, Franzosen und Amerikanern auf das »im 2 + 4-Prozess zum Ausdruck gekommene Verständnis, dass der Rückzug der sowjetischen Truppen vom Westen nicht zum eigenen Vorteil genutzt werden darf«.
- Am 18. April erzählte Genscher seinem griechischen Amtskollegen, er habe den Sowjets seinerzeit erklärt, »Deutschland will auch nach der Vereinigung in der Nato bleiben. Dafür wird diese nicht nach Osten ausgedehnt...«.
- Am 11. Oktober traf sich Genscher mit seinen Amtskollegen [Roland Dumas](#) ([Frankreich](#)) und Francisco Fernández Ordóñez ([Spanien](#)). Die Aussage des deutschen Außenministers zur Zukunft der Staaten in Mittel- und Osteuropa (MOE) gibt das Protokoll mit den Worten wieder:

»Wir können Nato-Mitgliedschaft von MOE-Staaten nicht akzeptieren (Hinweis auf sowjetische Reaktion und Zusage in 2 + 4-Verhandlungen, dass Nato-Gebiet nicht nach Osten ausgedehnt werden soll). Jeder Schritt, der dazu beiträgt, Situation in MOE und SU zu stabilisieren, ist wichtig.«





Partner Kohl, Genscher, Gorbatschow 1990 Foto: STAFF / REUTERS

Genscher wollte daher die Beitrittswünsche der Staaten aus MOE »umleiten« und suchte nach Alternativen, die für die Sowjetunion »akzeptabel« waren. So entstand etwa der unverbindliche Nordatlantische Kooperationsrat, in dem alle Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes mitreden durften.

O-Ton Genscher: »Zunächst haben die früheren Warschauer-Pakt-Länder die Absicht verfolgt, Mitglieder in der Nato zu werden. Dies hat man ihnen in vertraulichen Gesprächen ausgedrückt.«

Zeitweise befürworteten die Deutschen sogar eine offizielle Erklärung der Nato, auf eine Ausdehnung nach Osten zu verzichten. Erst als die Amerikaner bei einem Besuch Genschers in Washington im Mai 1991 widersprachen, eine Erweiterung könne »für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden«, erklärte der deutsche Außenminister schnell, auch er fordere »keine endgültige Erklärung«. Aber de facto wollte er offenbar eine Nato-Osterweiterung vermeiden.

In Bonn, dem damaligen deutschen Regierungssitz, herrschte selbstbewusste Aufbruchstimmung. Der Kalte Krieg war zu Ende, Deutschland geeint, und Kohl und Genscher trieben den Ausbau der Europäischen Gemeinschaften zur späteren EU voran.

Auch im Verhältnis zur Sowjetunion witterte der Kanzler eine historische Chance: »Vielleicht gelingt es jetzt die Dinge in Ordnung zu bringen, die in diesem Jahrhundert in Unordnung geraten sind.« Nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Millionen Toten und der daraus folgenden deutschen Teilung hoffte Kohl auf ein neues Kapitel in den Beziehungen.

»Ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion kann nicht in unserem Interesse sein...«

Kanzler Helmut Kohl 1991

In Moskau regierte **Michail Gorbatschow**, idealistischer

Reformkommunist und Liebling der Deutschen, weil er den Untergang der **DDR** hingenommen hatte. »Wenn die Deutschen bereit sind, der Sowjetunion zu helfen, so tun sie dies vor allem aus Dankbarkeit für die Rolle Gorbatschows bei der deutschen Einheit«, beschrieb Kohl die Lage. Dass Gorbatschow gegen eine Mitgliedschaft der Ostmitteleuropäer in der Nato vehement protestierte, spielte für sein Ansehen in Deutschland keine Rolle.

Später wird der Kanzler öffentlich von sich sagen, er sei Gorbatschows »bester Anwalt« gewesen. Die Männer duzten sich, richteten Grüße an die Ehefrauen aus, flachsten am Telefon. Der deutsche Christdemokrat, ein geschickter Plauderer, beendete ein Gespräch schon mal mit der Sponti-Parole »Der Kampf geht weiter.« Antwort Gorbatschows: »Der Kampf ist ewig, und von der Ruhe können wir nur träumen!«

Kohl warb in aller Welt für »Mischa« und dessen Politik. Er sorgte mit dafür, dass der Kremlchef zum G7-Treffen geladen wurde, und schob die mit Abstand größten Finanzhilfen nach Moskau.

Den stets misstrauischen Pfälzer trieb die Sorge um, mächtige Gegner im sowjetischen Militär, den Geheimdiensten, dem Staatsapparat könnten Gorbatschow stürzen. Und tatsächlich scheiterte im August 1991 ein Staatsstreich nur knapp. Eine Gruppe um Vizepräsident Gennadi Janajew setzte Gorbatschow fest. Doch Massendemonstrationen, Befehlsverweigerung bei den Streitkräften und der Widerstand Jelzins, damals noch Präsident der russischen Teilrepublik, ließen den Putsch zusammenbrechen. Gorbatschow blieb im Amt. Kaum auszudenken, die militärische Kommandogewalt wäre einem ewig-gestrigen Diktator zufallen.

Denn zu dem Zeitpunkt standen noch Hunderttausende sowjetische Soldaten in den neuen Bundesländern. Weitere Einheiten warteten in Polen oder der damaligen **Tschechoslowakei** auf ihren Abzug. Dem Truppenrückzug komme ein »zentraler Stellenwert« für die deutsche Politik zu, heißt es in den Akten des Auswärtigen Amtes.

Angst vor sowjetischen Atomwaffen

Und dann waren da die rund 30.000 sowjetischen Atomsprengköpfe. Sehr gefährlich. Die »nukleare Sicherheit auf dem Territorium der Sowjetunion hat für die restliche Welt absoluten Vorrang«, urteilte das Bonner Außenministerium.

Aus diesem Blickwinkel verbot sich jede Schwächung Gorbatschows – und seiner bereits wankenden Sowjetunion, die Gorbatschow gegen

alle Widerstände zu erhalten suchte.

Kohl und Genscher vertraten eine Art Dominotheorie. Verließen die Balten die Sowjetunion, würden die Ukrainer folgen und schließlich das gesamte Sowjetreich samt Gorbatschow untergehen. Etwa so kam es ja auch im Laufe des Jahres 1991. Nur zweifelte Kohl an einem friedlichen Ausgang einer solchen Auflösung. Er hielt eine Art »Bürgerkrieg« für möglich, so wie bald in [Jugoslawien](#).

Gorbatschows langjähriger ehemaliger Außenminister [Eduard Schewardnadse](#) warnte die Deutschen. Sollte die Sowjetunion zerfallen, könne eines Tages in Russland ein »faschistischer Führer« auftreten, der die Rückgabe der Krim von der Ukraine verlange, prophezeite er im Oktober 1991 bei einem Besuch Genschers.

Putin annektierte die Krim dann gut zwei Jahrzehnte später.

Selbst ein Wiederaufleben des giftigen Nationalismus in Osteuropa wie einst nach dem Ersten Weltkrieg schien Kanzler Kohl 1991 denkbar. Er verbreitete, wenn die Balten unabhängig würden, »geht der Krach mit Polen (wieder) los«. Polen und Litauen hatten einander 1920 bekriegt.

Und so entschied der Pfälzer: »Ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion kann nicht in unserem Interesse sein...«

Am Ende gewannen Balten und Ukrainer trotzdem ihre Unabhängigkeit. Und es wird sich wohl nicht abschließend klären lassen, ob Kohl ein Fehltritt unterlaufen ist oder ob Letten und Litauer einfach nur Glück hatten, dass ihr Weg halbwegs friedlich verlief.

Viele Verbündete im Westen tendierten jedenfalls offenbar in die gleiche Richtung wie die Deutschen. Frankreichs machtbewusster Präsident Mitterrand etwa schimpfte über die Balten, »man könne nicht alles in Gefahr bringen, was man (mit Moskau – die Red.) erreicht habe, nur um Ländern zu helfen, die seit 400 Jahren keine eigene Existenz hätten.« Selbst US-Präsident [George Bush](#), ehemaliger [CIA](#)-Chef und kalter Realpolitiker, klagte über das Drängen der nach Unabhängigkeit strebenden Politiker des Baltikums.

Die deutsche Kremlfreundlichkeit ließ Kanzler Kohl zumindest einmal sogar über Verbrechen hinwegsehen. Am 13. Januar 1991 hatten sowjetische Spezialeinheiten der Moskauer Zentrale in der litauischen Hauptstadt Vilnius gegen die dortige Nationalbewegung

ANZEIGE

Akten zur
Auswärtigen Politik
der Bundesrepublik
Deutschland
1991
1. Januar
bis 31. Dezember

Matthias Peter,
Christoph
Johannes Franzen,
Tim Szatkowski
(Hg.)
Akten zur

losgeschlagen und den Fernsehturm und andere Gebäude gestürmt. 14 unbewaffnete Menschen starben, Hunderte wurden verletzt.

Bonn protestierte nur lauwarm.

Wenige Tage nach der Gewalttat telefonierten Kohl und Gorbatschow. »Herzliche Begrüßung«, notierte der mitschreibende Diplomat in Bonn. Gorbatschow klagte, man könne nicht »ohne bestimmte Härtemaßnahmen vorwärtskommen«, was so klang, als meinte er Vilnius. Antwort Kohls: »In der Politik muss jeder auch Umwege einschlagen – wichtig ist nur, dass man das Ziel nicht aus den Augen verliert.« Er wisse die Haltung des Bundeskanzlers »sehr zu schätzen«, schloss Gorbatschow. Das Wort Litauen fiel laut Protokoll nicht ein einziges Mal.

Bis heute ist Gorbatschows Rolle bei dem Verbrechen ungeklärt. **5**

Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1991

Verlag: De Gruyter Oldenbourg

2. Edition: 3. Mai 2022

Seitenzahl: 2002

Für 154,95 € kaufen ⓘ

Bei Amazon
bestellen



Bei Thalia bestellen



Bei Weltbild
bestellen



Produktbesprechungen erfolgen rein redaktionell und unabhängig. Über die sogenannten Affiliate-Links oben erhalten wir beim Kauf in der Regel eine Provision vom Händler. [Mehr Informationen dazu hier](#)

Diskutieren Sie mit >

[Feedback](#)

Mehr lesen über

Russlands Krieg gegen die Ukraine

Russland

Ukraine

Sowjetunion

Osteuropa

Nato

Litauen

Verwandte Artikel

- **5+** Nato-Osterweiterung: Hat Putin recht?



Spiele >

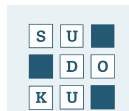
[mehr Spiele](#)



orträt-



Solitaire



Sudoku



Mahjong



Bubble-



Exchange



2048



Doppel